

Beschluss des Landrats vom 16.01.2025

Nr. 918

14. Wird im Kanton Basel-Landschaft Geld mit Radaranlagen eingetrieben, anstelle auf die Verkehrssicherheit zu achten?

2024/529; Protokoll: mf

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) erklärt, es liege eine schriftliche Antwort vor.

Nicole Roth (SVP) gibt eine Erklärung ab und verdankt zunächst die Beantwortung ihrer Interpellation. Ihr war selbstverständlich klar, dass der Regierungsrat nicht sagen kann, darf oder will, dass es beim Aufstellen eines Radars nicht primär um die Verkehrssicherheit gehe. Laut oder polemisch werden ist nicht ihre Art, aber sie möchte dennoch auf die abgebildete Tabelle zu sprechen kommen. Es wurden etwa 93'000 Ordnungsbussen ausgestellt – und allein 50'000 stammten von einem einzigen Blitzer, nämlich demjenigen auf der A2 bei Itingen bei einer Baustelle. Was sagt diese hohe Zahl aus? Vermutlich etwa CHF 2 Mio. Einnahmen – und an keinem einzigen Tag ging es um die Sicherheit der Bauarbeiter. Die Polizei oder auch der Kanton mussten ja nach einem Monat realisieren, dass der Blitzer lukrativ ist. Der Rednerin ist selbstverständlich klar, dass auf einer Autobahn mehr Autos fahren als durch ein Dorf. Man muss sich diese 50'000 nochmals auf der Zunge zergehen lassen. Diese Zahl zeigt, dass der Kanton ganz klar die Einnahmen über die Sicherheit stellt. Wenn es der Polizei bzw. dem Kanton Basel-Landschaft um die Sicherheit gegangen wäre – was ja grundsätzlich der Sinn eines Radars oder in diesem Fall dieses Radars gewesen wäre –, hätten sie doch konsequenterweise ein Schild aufstellen müssen mit «Achtung Radar». Das hätte etwas gebracht. Es geht auch nicht darum, dass der Blitzer an einem falschen Ort aufgestellt wurde, sondern darum, dass der Regierungsrat immer noch erzählt, dass Radaranlagen aus seiner Sicht der Verkehrssicherheit dienen. Die Interpellation ist grundsätzlich beantwortet, das Thema für Nicole Roth aber noch lange nicht beendet.

Marco Agostini (Grüne) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Marco Agostini (Grüne) versteht die Interpellantin. Kontrollen sollten dort erfolgen, wo es sicherheitsrelevant ist. Wo liegt denn nun aber die Eigenverantwortung der Strassenbenutzenden, wenn 50'000 Personen in einem halben Jahr zu schnell gefahren sind? Ist das etwa keine Sicherheitsfrage? Soll der Staat nun der Schuldige sein, der zu viel Geld will, weil er einen Radar entsprechend hingestellt hat, ohne dass jedoch über die Verantwortung der 50'000 Personen diskutiert wird? Über die Sinnhaftigkeit des Geldeinzugs kann diskutiert werden. Bedenklich ist jedoch, dass so viele zu schnell gefahren sind. Dies steht im Vordergrund. Dabei wird immer die Eigenverantwortung der Autofahrerinnen und Autofahrer propagiert. Aber dort findet sie leider nicht statt. Wo möglich ist die Tempolimite zu tief. Aber dann müsste man fragen, ob diese erhöht werden sollte. Aber: Wenn das Tempo vorgeschrieben ist und sich über 50'000 Personen nicht daran halten, dann ist dies eher bedenklich, da die Eigenverantwortung nicht wahrgenommen wird, was heissen würde, sich an die Regeln zu halten und die sicherheitsrelevante Geschwindigkeit einzuhalten.

Simone Abt (SP) sagt, man müsse sich das Wesen von Geschwindigkeitsbeschränkungen vor Augen halten: Dass man sich bewusst ist, immer und überall kontrolliert zu werden. Und wenn die Geschwindigkeit nicht stimmt – was durchaus auch der Rednerin passieren kann – dann zahlt man eine Busse. Es macht doch keinen Sinn, den Radar anzukündigen. Es gibt kein Ermessen bei Ge-

schwindigkeitsbeschränkungen. Vermutlich fahren fast alle Autofahrer zwischendurch zu schnell und gehen damit aber das Risiko ein, dabei gebüsst zu werden. Es macht doch keinen Sinn, Wohlverhalten für irgendwelche mehr oder weniger neurotischen Punkte einzufordern, sondern zu sagen, es ist eine Geschwindigkeitsbegrenzung – man kann überall geblitzt, geschnappt, rausgeholt und gebüsst werden. So wurde es konzipiert, was eigentlich nicht falsch ist. Die unzähligen Autofahrer, die sich an die Beschränkungen halten, sind dann im Vorteil, indem sie nicht reinlaufen. Nicht so wie die Rednerin und offenbar auch nicht so wie einige ihrer Kolleginnen und Kollegen.

Andrea Heger (EVP) sagt, Nicole Roth habe ja gesagt, sie wolle nicht polemisch sein. Betrachtet man die Landratsdebatten über einen längeren Zeitraum hinweg, dann tauchen immer wieder ähnliche Fragen auf oder gar leichte Unterstellungen gegenüber der Regierung im Umgang mit dem Stellen von Radarfallen. Und es finden immer wieder ähnliche Diskussionen statt, die Nicole Roth – da relativ neu im Landrat – aber noch nicht gehört hat; weshalb jetzt nochmals an Simone Abts Votum angeknüpft werden soll. Der erzieherische Aspekt soll in den Vordergrund gestellt werden. Es ist ein ganz falsches Signal, zu sagen, dass überall dort, wo eine Radarkontrolle ist, eine Vorankündigung gemacht werden soll, nur dann sei es ernst gemeint. Die Kontrolltätigkeit soll ja bewirken, dass man sich andauernd bewusst ist, etwas einhalten zu müssen. Und nur das schafft langfristig Sicherheit. Und wenn man nun weiss, dass man nur dann aufpassen muss, wenn es angekündigt wird, dann ist das schädigend und bewirkt ein grösseres Risiko. Deshalb ist es okay so. Und wenn jetzt damit irgendwo viel Geld rausgeholt wird, dann ist das gerade recht für den Kanton, indem etwas Positives bewirkt wird. Obwohl es insgesamt sehr negativ ist, so viele Bussen sprechen zu müssen.

Sven Inäbnit (FDP) äussert sich zum Votum von Marco Agostini. Dieser argumentiert mit der fehlenden Eigenverantwortung der Autofahrer. Dagegen wehrt sich der Redner in aller Form. Es ist nämlich genau das Gegenteil der Fall. Wenn bei einer solchen (wie von Nicole Roth erwähnten) Radarkontrolle so viele gebüsst werden, heisst das, dass die Autofahrer die Situation anders einschätzen, als die Stellen, welche die Kontrollapparate aufgestellt haben. Wer beim Fahren tatsächlich ein Risiko erkennt, drosselt die Geschwindigkeit auch. Anscheinend ist das dort nicht der Fall. Dennoch ist gemäss Fachstellen ein Risiko vorhanden und es wird geblitzt. Aber wenn der Autofahrer das Risiko nicht erkennt, wird er vielleicht das Tempo nicht adäquat reduzieren, welche Tempolimite auch immer vorgegeben wäre. Es ist genau umgekehrt: Eigenverantwortung bedeutet, dass man sich selber den Gegebenheiten und Risikosituationen anpasst. Die Autofahrenden «blochen» nicht einfach dort durch, wo es ihnen passt und nehmen ihre Eigenverantwortung nicht wahr. Die Situation in der Realität ist eine andere.

Marc Schinzel (FDP) dankt Nicole Roth für die Interpellation und dafür, am Thema dranzubleiben. Sie kann auf die Unterstützung sowohl des Redners als vermutlich auch der FDP-Fraktion zählen. Die Eigenverantwortung der Autofahrer wurde thematisiert. Wie sieht es jedoch mit den Velofahrern und den Rotlichtern aus? Auch der Redner fährt Velo und hat nicht das Gefühl, ein besserer Mensch zu sein. Auch er sündigt. Gewisse schlängeln sich kurz vor dem Rotlicht noch ein wenig durch. Was ist jetzt wirklich gefährlicher in Sachen Sicherheit? All die ungeschützten Velofahrer, die über die Rotlichter fahren? Wo sind denn dort die Bussen und die Blitzer?

Bei der erwähnten Baustelle gibt es eine Blitzorgie, wahrscheinlich auch nachts um 02:00 Uhr. Doch gerade erst im Dezember 2024 wurde darüber diskutiert, was die Polizei BL benötigt, wo sie überall Not und zu wenig Ressourcen hat. Und nun werden solche Übungen gemacht, womit sich jemand in einem Büro herumschlagen und die Bussen bearbeiten und versenden muss. Die Polizisten, die für diesen Verhältnisblödsinn eingesetzt werden, könnten anderorts viel besser gebraucht werden. Der Redner zitiert die Polizeimeldung von heute Morgen: «*Diebstahl, Fahrzeugei-*

nbrüche in Pratteln, wieder 4 Tatverdächtige verhaftet». Nur so viel sei dazu gesagt: Sie stammen aus Nordafrika. Da existiert ein Sicherheitsproblem. Es muss geschaut werden, wo wirklich ein Sicherheitsproblem liegt und wo der Aufwand erhöht beziehungsweise ein wenig heruntergefahren werden sollte. Oder, wie es Nicole Roth unpolemisch und ohne jemandem einen Vorwurf zu machen in nur einem Satz zusammengefasst sagt: Man solle den gesunden Menschenverstand brauchen. Der Redner möchte von ihr noch mehr zu diesem Thema hören.

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) bittet hinsichtlich der ausufernden Anmeldeliste, sich auf die Interpellation von Nicole Roth zu fokussieren.

Andreas Dürr (FDP) wird nicht mit einer Wutbrandrede loslegen. Das SVG sagt klar, dass die Eigenverantwortung beim Fahrzeuglenker liege. Letztlich muss der Fahrzeuglenker seine Geschwindigkeit den Realitäten anpassen. Nun kann es sein, dass nicht jeder Fahrzeuglenker gleich anpassungsfähig oder realistisch ist. Also muss man die Einhaltung der Verkehrsregeln kontrollieren, was richtig ist. Der Redner wäre froh – wie von Marc Schinzel angedeutet –, wenn die Kontrollen auf alle Verkehrsteilnehmer ausgeweitet würden. Jetzt muss man sich überlegen, wo erzieherische Kontrollen erfolgen sollten.

Andrea Heger hat Nicole Roth ein wenig als Novizin abgestempelt. Das mag sein. Zumindest dem Redner kann sie vermutlich nicht vorhalten, dass er erst seit kurzem im Landrat ist. Gewisse Fragen kehren immer wieder, aber trotzdem ist es richtig, den Finger draufzuhalten.

Anlässlich der letzten Debatte – daran kann sich Andrea Heger vielleicht erinnern – hat der Regierungsrat begründet, er würde die Radaranlagen primär zur Verkehrserziehung und zur Unfallverhütung installieren. Das heisst also an Stellen, bei denen Gefahr besteht, dass es Unfälle geben könnte. Damals fragte Hanspeter Weibel nach einer Karte mit Unfallschwerpunkten und Radarstandorten. Eine solche wurde damals versprochen, gesehen hat sie der Redner bisher nicht. Der Justiz- und Sicherheitsdirektorin sowie Polizeichefin wird als konstruktiver Vorschlag die Erstellung eines solchen Abgleichs mitgegeben. Möglicherweise zeigt ein solcher grobe Abweichungen auf.

Eine der schönsten Radaranlagen ist diejenige an der Bielstrasse in Oberwil – vermutlich ein Anti-Biel-Benken- und Anti-Elsässer-Radar. Es handelt sich um eine breite, frisch sanierte Strasse.

Andreas Dürr fährt diese Strecke schon lange und hat noch nie einen Unfall erlebt. Es hat Fussgänger und einen extrem breiten Velostreifen, alles super. 3'000 Ordnungsbussen wurden scheinbar mit diesem Radar ausgestellt. Setzt man das in Relation zur Anzahl Autofahrenden in Biel-Benken, dann muss dort jeder mehrfach gebüsst worden sein. Das hat mit der Übereinstimmung von Unfallschwerpunkten und Radarkontrollen nichts zu tun. Das ist ein Witz, eine reine Abzocke und ein Ärgernis. Die Verkehrspolizei will sich vermutlich etwas Gutes tun. Stattdessen soll sie auf solche Abzockanlagen verzichten und sie wirklich dorthin stellen, wo man vielleicht tatsächlich die Autofahrer erziehen bzw. schauen muss, dass sie nicht zu schnell fahren.

Der Redner erneuert seine Bitte an Regierungsrätin Kathrin Schweizer, eine Karte mit den Unfallschwerpunkten resp. Unfallhäufigkeiten und den Radarstandorten zu liefern.

Martin Karrer (SVP) nennt als Stichwort Risikostandorte und Blitzer. 50'000 Autofahrerinnen und Autofahrer sind allen Anschein nach gebüsst worden. Wenn 50'000 geblitzt werden, bedeutet dies doch ein zusätzlich erhöhtes Risiko, weil die Leute das allen Anschein nach nicht sehen. Die Frage ist nun, was der Regierungsrat oder die Polizei angesichts so vieler Bussen unternommen hat. Irgendwann hat man ja realisiert, dass es dort einen Hotspot gibt. Wurde es einfach akzeptiert, dass dort ein Hotspot noch heisser gemacht wird, indem nicht reagiert wurde? Wenn nämlich nichts gemacht wurde, hat man es akzeptiert und hat kassiert.

Markus Graf (SVP) dankt Martin Karrer für seine sehr interessante Frage. An Marco Agostini gerichtet: 50'000 Fahrzeuge sind doch eigentlich sehr wenig in einem halben Jahr, wenn man be-

denkt, dass auf dieser Strasse zwischen 20'000 und 30'000 Fahrzeuge täglich durchfahren. Und doch, die Bussen hatten eine sehr grosse erzieherische Wirkung. Jeder, der bereits einmal eine Geschwindigkeitsbusse bekam (nicht nur von CHF 40.–), weiss, was das kostet.

In einer Zeitung war übrigens zu lesen, dass 200 oder 300 Fahrzeuge in einer Oberbaselbieter Gemeinde kontrolliert wurden und kein einziger zu schnell fuhr. Also wirkt es doch.

An Andrea Heger gerichtet: Wenn Nicole Roth nicht polemisch wirken will, dann macht das jetzt halt der Redner, der auch ein bisschen länger im Landrat ist. Es fällt eben auch den Leuten auf dem Land auf: Die Radarkästen stehen dort, wo es rentiert. Als Beispiel wird Rothenfluh genannt, wo ein Radar häufig und sehr lange steht. Darum wurde auch schon mal einer in die Luft gejagt [*Heiterkeit*]. Der Redner nennt es beim Namen: Wie von Andreas Dürr gesagt, ist ein Radarkasten einfach eine Gelddruckmaschine.

Marco Agostini (Grüne) ist mit vielem einig, was gesagt wurde. Martin Karrer meinte, wenn es so viele erwischt hat, wurde vielleicht nicht gut aufgezeigt, wie schnell man fahren darf. Dies muss geprüft werden. Markus Graf sagte, 50'000 seien wenig – das ist seine Einschätzung. Aber wenn dem so ist, dann existiert anscheinend gar kein Problem. Der Redner erachtet es als relativ viel. Einig geht er mit Andreas Dürr, dass die Radaranlagen dort stehen sollen, wo es sicherheitsrelevant ist. Genau diese Dinge hat er ja gesagt. Ebenfalls soll der Staat die Bürgerinnen und Bürger nicht abzocken.

Traurig stimmt ihn die Aussage von Sven Inäbnit in Bezug auf die Geschwindigkeitsbeschränkungen, dass jeder Benutzer der Strasse selber einschätzen soll, wie schnell er fahren kann. Das heisst mit anderen Worten: Obwohl zwischen Ettingen und Aesch Tempo 80 gilt, kann man auch 100 km/h fahren, da es dort nicht sicherheitsrelevant ist. Das geht natürlich nicht. Wer gegen ein Gesetz verstösst, muss gebüsst werden. Die anderen Punkte muss man prüfen: Wurde die Geschwindigkeit nicht richtig signalisiert? Sind 50'000 gar nicht so viele? Oder sollen die Radaranlagen wirklich dort stehen, wo ein Sicherheitsproblem besteht?

Und an Marc Schinzel gerichtet: Jeder Velofahrer, der ein Rotlicht überfährt und erwischt wird, erhält eine Busse. Das ist auch richtig so. Der Redner bittet darum, die einen nicht gegen die anderen auszuspielen. Jeder, ob Autofahrer, Lastwagenfahrer oder Velofahrer, der einen Verstoss begeht, bekommt eine Busse und muss zahlen. So soll es auch sein.

Simon Tschendlik (Grüne) gratuliert Nicole Roth, die ohne Polemik eine grosse Diskussion ausgelöst habe. Für die Medienschaffenden gibt es etwas zu schreiben. Der Landrat widmet sich nicht wirklich den wichtigen, dringenden und schwerwiegenden Problemen. Der Redner schickt voraus, sehr gerne Auto zu fahren; und gewisse sehen sich zu Bemerkungen veranlasst, weil er der grünen Partei angehört und Landrover fährt. Er fährt aber auch sehr gerne Velo und ist dabei sogar schon gebüsst worden. Es ist also nicht so, dass die Velofahrenden einfach tun und lassen können, was sie wollen. Auch hier gibt es Regeln.

Es ist überraschend, dass im Parlament über etwas diskutiert wird, das Einzelfallcharakter hat. Es ist nicht Aufgabe des Landrats, operativ einzugreifen, ob eine Radaranlage falsch platziert ist oder nicht. Dessen Aufgabe wäre, das Gesetz zu ändern. Der Redner bittet Nicole Roth, dort anzusetzen, wo das das Gesetz nicht richtig funktioniert, anstatt die Emotionen hochkochen zu lassen. Es wird suggeriert, man könne nach Gefühl Auto fahren, wenn es eben Law- und Orderparteien gibt, die in einem Rechtsstaat Regeln setzen und Geschwindigkeiten definieren. Und wenn dann die Regeln nicht eingehalten werden und es eine Busse gibt, dann entspricht das doch genau dem Rechtssystem, das alle gemeinsam definiert haben. Nun soll das plötzlich nicht mehr zählen. Der Redner begreift die Hypokrisie ein Stück weit nicht und bittet alle darum, sich auf die Kernaufgaben zurückzubedenken und die Diskussion jetzt zu beenden, statt Zeit zu verschwenden – und mit konkreten, konstruktiven Gesetzesvorschlägen das Problem zu lösen.

Andrea Heger (EVP) kommt Simon Tschendliks Anliegen nicht nach, denn sie teilt die Sorge von Nicole Roth und der SVP-Fraktion, dass die Sicherheit sehr wichtig ist. Es ist nicht einfach ein Thema, das nicht wichtig genug ist. Gleichzeitig dankt sie Andreas Dürr für seine Aussage, mehr Transparenz haben zu wollen über die Wirkung der Standorte von Radaranlagen. Als Mitglied der EVP und früher sogar noch katholisch hat sie etwas mit Gutgläubigkeit, vielleicht auch Obrigkeitsgläubigkeit am Hut. Der Regierungsrat hat aufgezeigt, dass er auf Sicherheit bedacht ist und Radaranlagen entsprechend einsetzt. Dies ist für sie glaubhaft, aber natürlich trägt Transparenz zur Absicherung bei. Möglicherweise kommt sie dann zum Schluss, zu leichtgläubig gewesen zu sein. Dies hilft, sich weiterzuentwickeln.

Andrea Heger hat Markus Graf's Votum heute nicht als polemisch empfunden. Er hat eine sehr gute Idee vorgebracht, ein Anliegen, das sie teilt: Es sei eine Gelddruckmaschine, die der Regierungsrat hier einsetze. Es existiert ein Problem mit den Finanzen. Womöglich könnten gemeinsam zwei Anliegen auf einmal erledigt werden. Mit mehr Radaranlagen kann sowohl die Sicherheit verbessert als auch Geld eingenommen werden. Sie schlägt vor, gemeinsam einen Vorstoss einzureichen.

Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) wäre fast ein bisschen enttäuscht gewesen, wenn das Traktandum mit einer kurzen Erklärung erledigt gewesen wäre. Es ist altbekannt, dass dieses Thema immer wieder viele Emotionen weckt. Unser Verkehrssystem ist so eingerichtet, dass mit der Geschwindigkeitsbeschränkung versucht wird, eine möglichst hohe Verkehrssicherheit zu erreichen. Hierfür ist es zentral, dass die Geschwindigkeitsbeschränkungen eingehalten werden und in besonderen Situationen auch unterschritten werden dürfen, wenn zum Beispiel Nebel auftritt oder die Strasse nicht in dem Zustand ist, in dem sie sein sollte. Geschwindigkeitsbegrenzungen sind aber nicht dafür gedacht, dass man sie überschreitet, weil man das Gefühl hat, zu dieser Tageszeit oder in dieser Situation sei das Schild eigentlich nicht ganz ernst gemeint und man könne darum schneller fahren.

Am besagten Standort bei dieser Baustelle auf der Autobahn wurden 130 grobe Verletzungen der Verkehrsregeln festgestellt. Zum Teil fallen diese unter die Raserdelikte, also grobe Verletzungen der Verkehrssicherheit, die ganz klar geahndet werden müssen. Es sind nicht einfach Kavaliersdelikte, bei denen man ein bisschen zu schnell fuhr oder vielleicht das Schild zu spät sah.

Darum geht es: Die Verkehrssicherheit so zu erreichen, dass keine groben Verkehrsverletzungen entstehen, dass die Verkehrsgeschwindigkeit eingehalten wird und so die Verkehrssicherheit im Kanton Basel-Landschaft weiterhin eingehalten wird. Im Moment besteht dahingehend noch etwas Spielraum, um sich zu verbessern.

Vor etwa einem Jahr hat der Kanton vollständige Transparenz hergestellt bezüglich Standorten der Radaranlagen. Diese können auf der Webseite eingesehen werden. Vermutlich erachten dies die meisten als zu anstrengend, was nachvollziehbar ist. Aber es ist ersichtlich, welcher Radar wie lange an welchem Standort steht. Wer sich dafür interessiert, wird jederzeit mit allen nötigen Informationen bedient.

Zur Diskussion: Martin Karrer fragte, ob auch überprüft werde, ob die Signalisation überhaupt sichtbar sei. Das wurde tatsächlich gemacht. An gewissen Standorten wurde festgestellt, dass ein Schild vielleicht ein wenig ungeschickt und zu wenig sichtbar platziert war und es wurde entsprechend korrigiert. Es wird nicht einfach hingenommen, wenn niemand das Schild sieht, und einfach das Geld eingezogen. Am besagten Standort gab es eine Baustelle, es herrschte Tempo 80 auf einer Autobahn. Das ist unbeliebt, handelt sich aber trotzdem um eine Verkehrssicherheitsmassnahme.

Aktuell gibt es deutlich weniger Radaranlagen im Kanton als noch vor fünf oder zehn Jahren. Viele stationäre Anlagen wurden aufgehoben bzw. der Bund hob sie auf. Der Kanton wird in diesem

Jahr eine vierte semistationäre Anlage anschaffen. Die Regierungsrätin kann die Zahlen gerne nachliefern, wie sich die Radaranlagen in den letzten Jahren veränderten.

://: Die Interpellation ist erledigt.
